



EnBW-Logo vor einem Umspannwerk in Karlsruhe. Durch Mitarbeiter-Klagen auf höhere Betriebsrenten könnten auf den teilweise in Landesbesitz befindlichen Konzern erhebliche Kosten zukommen dpa

## Betriebsrenten-Altlast holt EnBW ein

Umstrittene Anpassung von Altersbezügen könnte den Energiekonzern viel Geld kosten – Auswirkungen für Land als Großaktionär

Vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht prozessieren fast 30 Mitarbeiter einer EnBW-Konzerntochter gegen ihren Arbeitgeber. Der Grund: Sie befürchten, nach der Verrentung um Teile ihrer Altersbezüge gebracht zu werden. Für das Land als neuen EnBW-Großaktionär könnte das teuer werden.

VON WALTHER ROSENBERGER

STUTTGART. Am Tag nach dem Hauruckeinstieg des Landes Baden-Württemberg beim Karlsruher Energieversorger EnBW am Nikolaustag 2010 war die Zuversicht im Stuttgarter Staatsministerium groß. Man habe „mit dem elektronischen Rastermikroskop“ gesucht, aber bei dem Geschäft kein Haar in der Suppe gefunden, diktierte Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) einem Reporter der „FAZ“ selbstbewusst ins Mikrofon. Das Selbstbewusstsein – es könnte mittlerweile verfliegen sein. Erst rechnete die grüne Noch-Opposition im Landtag Mappus vor, dass das Land für seinen 45-Prozent-Anteil an dem Atomstromer fast eine Milliarde Euro zu viel hingelegt habe, dann kam die Katastrophe von Fukushima, die dazu führte, dass zwei Atommeiler des Konzerns – bisher Gelddruckmaschinen – vom Netz genommen wurden. Und jetzt melden sich auch noch renitente Arbeitnehmer zu Wort.

28 Angestellte der EnBW-Kraftwerke AG klagen derzeit vor dem Stuttgarter Ar-

beitsgericht gegen den Konzern. Grund ist eine Umstellung der betrieblichen Altersversorgung, die bereits vor Jahren – im November 2004 – in Kraft trat und die die Angestellten nach Ansicht der Kläger um den Stuttgarter Arbeitsrechtler Uwe Melzer nach Erreichen des Rentenalters erheblich schlechterstellen könnte.

Wie in vielen ähnlich gelagerten Fällen, etwa bei derzeit ebenfalls vor Stuttgarter Instanzen klagenden IBM-Betriebsrentnern, geht es auch bei den EnBW-Verfahren um die Art und Weise, wie die Altersbezüge von den Unternehmen im Lauf der Jahre an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Mit dem Amtsantritt von Utz Claassen als EnBW-Chef im Jahr 2003 kam es hier zu entscheidenden Veränderungen. Bis dato waren die Betriebsrenten in der EnBW-Vorgängergesellschaft Neckarwerke Stuttgart (NWS) – in den NWS waren die jetzt Klagen den bis zu deren Übernahme durch die EnBW im Herbst 2003 beschäftigt – an die Entwicklung der gesetzlichen Renten gekoppelt. Damit stiegen sie entsprechend der Inflationsentwicklung in Deutschland. Dieser gängige Mechanismus soll laut Betriebsrentengesetz eine Auszehrung der Ansprüche durch Kaufkraftverluste verhindern. Anders ausgedrückt, war auch in die Rentenansatzformel des EnBW-Vorgängers NWS ein Inflationsschutz integriert, an dem sich auch durch die Fusion mit der EnBW zunächst nicht änderte. Alles in allem führte dieser Mechanismus damals zu einer „beamtenschaftlichen Versorgung“ der Mitarbeiter, wie Anwalt Melzer sagt. Nach Amtsantritt

von Utz Claassen wurde dieser Anpassungsmechanismus nun aber von der EnBW aufgekündigt. Die Rentenentwicklung wurde dadurch also von der Inflationsentwicklung entkoppelt. Das sparte für das Unternehmen Geld.

Als Begründung wurde eine wirtschaftliche Schiefelage ins Feld geführt, in die der Konzern bereits im Geschäftsjahr 2002 gerutscht war. Sonderabschreibungen belasteten damals die Erträge der EnBW. Gleichzeitig schmolz die Eigenkapitaldecke dahin. Ein daraufhin von Claassen aufgelegtes Sparprogramm namens Top-Fit sollte daher auch die Betriebsrenten miteinbeziehen

– mit einem Anteil von rund zehn Millionen Euro, wie EnBW-Anwalt Gernot Falter gestern vor Gericht sagte. Weil die EnBW in den Folgejahren allerdings wieder prächtige Gewinne schrieb, erkennen die Kläger diese Begründung nicht an. Zumindest für die Rentner nachteilige Betriebsrentenregel fortbestand. Die Umstellung der Betriebsrenten sei daher unwirksam, sagt Melzer. „Triftige Gründe“ für eine Benachteiligung der Rentner lägen nicht vor.

In dem gestern anberaumten Güteverfahren vor dem Arbeitsgericht machte Kläger-Anwalt Melzer denn auch klar, dass er die Sache durchfechten will. Einen Vergleich werde es nicht geben. Anstatt alle 28 Fälle ins Verfahren einzubringen, wird die Klägersseite auf Drängen des Gerichts wohl aber einige Pilotfälle benennen, die exemplarisch für alle verhandelt werden.

Der Streit um die Betriebsrenten, der nach Klägersicht Präzedenzcharakter hat, könnte für die EnBW und damit auch für deren Hauptaktionär, das Land, teuer werden. Immerhin waren bei den NWS zum Zeitpunkt der Übernahme durch die EnBW 3900 Mitarbeiter beschäftigt, für die potenziell ähnliche Betriebsrentenregeln galten. Melzer spricht von einer Lawine an Forderungen, die auf den Konzern von vergrätzten Betriebsrentnern oder Mitarbeitern zukommen könnte. Eine Prognose der insgesamt ausstehenden Beträge wagt der Anwalt nicht. Bei Differenzbeträgen von 500 bis 700 Euro pro Kopf und Monat, wie sie der Anwalt für seine Fälle zugrunde legt, könnte aber ein gehöriges Sümmchen zusammenkommen.

### Info

#### Streitpunkt Altersbezüge

- Immer wieder sorgen Betriebsrenten für Streit zwischen Firmen und Arbeitnehmern beziehungsweise Rentnern. Meist geht es dabei um strittige Anpassungsmechanismen, die zu zu geringen Rentenerhöhungen führen.
- Die Stuttgarter Justiz hat in den vergangenen Monaten rund 200 Fälle von IBM-Rentnern behandelt, die auf höhere Bezüge klagen. Weitere Fälle liegen noch bei Anwälten. Nach Angaben des Bundesverbands der Betriebsrentner (BVB) passen auch Firmen wie die Commerzbank, RWE, Continental, Daimler oder Ford die Bezüge nicht nach gültigem Recht an. (wro)

## Steigende Rohstoffpreise dämpfen Zuversicht

MANNHEIM/WIESBADEN (rtr/dpa). Steigende Preise und höhere Zinsen werden den deutschen Aufschwung nach Prognose von Finanzmarktexperten in den kommenden Monaten bremsen. Das ZEW-Barometer für die Konjunkturerwartungen fiel im April den zweiten Monat in Folge und deutlich stärker als erwartet. Es gab von 14,1 auf 7,6 Punkte nach, teilte das Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung mit. Die 291 befragten Analysten und Anleger schätzten die derzeitige Lage zugleich so gut ein wie seit fast vier Jahren nicht mehr. Experten rechnen wegen dieser guten Ausgangssituation für 2011 weiter mit einem kräftigen Wachstum.

„Trotz der erfreulichen Konjunkturerwartung ergeben sich Risiken derzeit vor allem aus den steigenden Rohstoffpreisen“, sagte ZEW-Präsident Wolfgang Franz. Die wachsende Inflationsgefahr könne die Europäische Zentralbank (EZB) dazu veranlassen, ihre Zinsen weiter zu erhöhen. Risiken ergeben sich dem ZEW zufolge auch durch die Japan-Krise und die Unruhen im arabischen Raum.

Getrieben von immer teurerer Energie, sind die Verbraucherpreise in Deutschland im März um 2,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Auch wegen der Einführung des bei deutschen Autofahrern bisher unbeliebten Biosprits E10 explodierten die Kraftstoffpreise binnen Jahresfrist um 11,2 Prozent. Heizöl war im März sogar fast ein Drittel (32,8 Prozent) teurer als vor einem Jahr, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Gegenüber dem Februar erhöhte sich das Preisniveau um 0,5 Prozent. Die Jahressteigerung lag zum dritten Mal in diesem Jahr über der Warnschwelle der Europäischen Zentralbank von knapp unter zwei Prozent.

## Neuer Streit um Facebook

Ein Holzunternehmer will mindestens die Hälfte des weltgrößten Online-Netzwerks

VON DANIEL SCHNETTLER UND ANDREJ SOKOLOV

SAN FRANCISCO. Alle wollen ein Stück vom Milliardenkuchen Facebook: Kaum sind zwei ehemalige Kommilitonen von Mark Zuckerberg, die ihm Ideenklau vorwarfen, endgültig vor Gericht gescheitert, legt schon der nächste Anwärter nach.

Der Holzhändler Paul Ceglia erhebt Anspruch auf mindestens die Hälfte des Online-Netzwerks und ergänzte seine Klage um einen angeblichen E-Mail-Wechsel mit Zuckerberg. Er beruft sich auf einen Vertrag von 2003, in dem der Teenager Zuckerberg ihm die Hälfte an der Website „The Face Book“ zugesichert habe sowie jeweils ein weiteres Prozent für jeden Tag Verzug, wenn die Seite nicht zum 1. Januar 2004 fertig werde. Facebook weise die E-Mails ebenso wie bereits den Vertrag als „Fälschung“ zurück, berichtete der Blog Business Insider.

Der Fall der Zwillinge Cameron und Tyler Winklevoss erregte bisher viel mehr Aufmerksamkeit und wurde sogar im Hollywood-Film „The Social Network“ verewigt. Die Brüder scheiterten am Montag vor einem kalifornischen Gericht mit ihrem Versuch, einen Vergleich aus dem Jahre 2008 zu annullieren, der ihnen damals 65 Millionen Dollar eingbracht hatte. Sie hofften, erheblich mehr Geld herauszuschlagen zu können.

Die Winklevoss-Zwillinge hatten zu Studienzeiten ihren Kommilitonen Zuckerberg als Programmierer für eine eigene Website engagiert, die sie zusammen mit ihrem Partner Divya Narendra aufbauen wollten. Zuckerberg, so behaupten die Winklevoss-Brüder, habe ihnen jedoch ihre Idee gestohlen und klammheimlich sein eigenes soziales Netzwerk namens Facebook aufgezogen. Das ist



Facebook-Gründer Zuckerberg Foto: dpa

heute ein Unternehmen mit einem geschätzten Wert von mehr als 50 Milliarden Dollar.

Zuckerberg ließ sich 2008 auf einen Vergleich ein, um den Streit aus der Welt zu räumen. Damals bekamen die Zwillinge 20 Millionen Dollar in bar und 45 Millionen Dollar in Aktien zugebilligt. Die Winklevoss-Brüder wollten den Vergleich jedoch später

rückgängig machen: Sie führten an, die Gegenseite habe sie über den wahren Wert von Facebook getäuscht und sie hätten deshalb eine viel zu niedrige Summe erhalten.

Das dreiköpfige Berufungsgericht in San Francisco wies diese Sichtweise jedoch zurück und sprach von einem „vorteilhaften Deal“, den die Kläger damals mit Hilfe eines ganzen Teams aus Anwälten und Finanzberatern ausgehandelt hätten. „Aus irgendwelchen Gründen wollen sie nun aussteigen“, schrieb der Vorsitzende Richter Alex Kozinski in der Urteilsbegründung. „Wie schon das Bezirksgericht sehen wir aber keinen Grund dafür, das zu gestatten. An irgendeinem Punkt muss ein Rechtsstreit enden. Und der Punkt ist jetzt erreicht.“

#### Ex-Kommilitonen haben Aktien erhalten, die kräftig gestiegen sind

Ohnehin haben die Ex-Kommilitonen weit mehr als die ursprünglich veranschlagten 65 Millionen Dollar in der Tasche. Denn die Aktien, die sie erhielten, sind kräftig im Wert gestiegen. Mittlerweile ist von bis zu 150 Millionen Dollar die Rede, die die Kläger ihr Eigen nennen dürfen. Der Wert von Facebook war damals mit 15 Milliarden Dollar angesetzt worden. Mittlerweile reißen sich Investoren wie die US-Investmentbank Goldman Sachs um Anteile, was den Wert steil nach oben getrieben hat.

Nach Angaben des Holzhändlers Ceglia soll Zuckerberg 2000 Dollar für die Entwicklung von „The Face Book“ bekommen haben. Ceglia fühlt sich betrogen, weil Zuckerberg behauptet habe, dass die Seite erfolglos sei und er sie dichtmachen wolle – während er mit Risikoinvestoren über eine kräftige Kapitalspritze verhandelt habe.

## Biosprit-Chaos erfasst auch Politik in Berlin

Bauernpräsident Sonnleitner hält Teller-Tank-Diskussion für überzogen

HAMBURG/BERLIN (dapd/dpa). Das verwirrende Hin und Her beim Biosprit E10 hat jetzt auch die politische Führung in Berlin erfasst. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) erklärte, die Bundesregierung halte trotz des Chaos bei der Einführung von E10 an dem neuen Superbenzin mit einem zehnpromzentigen Ethanolanteil fest. Der neue Kraftstoff sei politisch gewollt, sagte Ramsauer im ARD-„Morgenmagazin“. Dagegen sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) laut „Bild“: „Ich glaube nicht, dass sich E10 am Markt halten wird. Die Verbraucher haben entschieden. In vielen Ländern hungern Menschen, da gehört Weizen nicht in den Tank.“

Diesen Vorwurf wiesen die traditionell CDU/CSU-nahen deutschen Bauern zurück: „Wir brauchen Bioenergie, wir brauchen E10“, sagte der Präsident des Deutschen Bauernverbands, Gerd Sonnleitner. Bioenergie werde gebraucht, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Derzeit würden nur 2 der 18 Millionen Hektar deutscher Agrarfläche für Bioenergie genutzt und mehr als 3 Millionen seien nicht geplant. Die „Teller-Tank-Diskussion“ halte er vor diesem Hintergrund für völlig unangebracht. Die Tankstellenkonzerne Aral und Shell hatten angekündigt, dass sie das alte Super mit der Bezeichnung E5 wieder an ihren Tankstellen anbieten werden.

### Aktie des Tages

12-Monats-Verlauf in Euro an der Stuttgarter Börse



### Uzin Utz optimistisch

Stark gestiegene Preise für Öle und andere Rohstoffe bereiten dem Bauchemie-spezialisten Uzin Utz Sorgen. Sie machen eine Preiserhöhung zum 1. Juli unvermeidlich, sagte Vorstandschef Werner Utz. „Wir haben schon zu Jahresbeginn unsere Preise erhöht, aber gemerkt, dass das nicht ausreichend war.“ Dennoch bleibe das Unternehmen für das laufende Jahr optimistisch. „Wir liegen im ersten Quartal beim Umsatz knapp zehn Prozent im Plus.“ Besonders im angrenzenden europäischen Ausland sieht der Ulmer Hersteller von Klebstoffen und anderen Produkten für Bodenbeläge gute Chancen, sich weitere Marktanteile zu sichern. Dazu gehörten Frankreich, Großbritannien, die Beneluxstaaten und Osteuropa. 2010 war für die familiengeführte Firma das erfolgreichste Jahr der Unternehmensgeschichte. (lsw)

## Allgaier verliert erneut Prozess

STUTTGART (sk). Der Uhinger Automobilzulieferer Allgaier hat im Streit um die Entlassung von 30 Mitarbeitern erneut eine Niederlage erlitten. Das Arbeitsgericht Stuttgart erklärte gestern neun Kündigungen für unwirksam. Das bestätigte der Vizepräsident Günter Spinner unserer Zeitung. Die Kammer sieht in den Kündigungen einen Verstoß gegen die geltende tarifliche Beschäftigungssicherung. Diese schließt betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2012 beziehungsweise 2013 aus. Zudem habe Allgaier im Prozess keine hinreichende Auskunft zur getroffenen Sozialauswahl erteilt. In einem Fall einigten die Parteien sich auf einen Vergleich.

Am Montag erklärten die Richter bereits zwölf Kündigungen für unwirksam. Die restlichen der 28 Kündigungsschutzverfahren werden am 3. Mai verhandelt.

## Hansgrohe baut hiesige Werke aus

SCHILTACH/STUTTGART (dpa). Der Bad-Ausstatter Hansgrohe will wegen des starken Auslandswachstums seine Fabriken in Deutschland weiter ausbauen. Made in Germany sei in vielen Ländern ein entscheidendes Verkaufsargument, sagte Vorstandschef Siegfried Gänßlen. Zwar trage der Export 78 Prozent zum Umsatz bei. „Trotzdem generieren wir den Löwenanteil des Umsatzes mit Armaturen und Brausen, die in Schiltach und Offenburg hergestellt werden.“ Der Umsatz stieg 2010 um 13,5 Prozent auf 693,1 Millionen Euro. Unter dem Strich verdiente Hansgrohe 93,8 Millionen Euro (plus 14,5 Prozent).